

Zwei Explosionen und ein Erpresserbrief in Makejewka

21.01.2011

Gestern Morgen erschütterten zwei Detonationen Makejewka, aufgrund derer Ermittlungen nach Absatz 2 des Artikels 258 des Strafgesetzbuches („Terrorakt“) eingeleitet wurden. Die Organisatoren der Explosionen forderten, dass man ihnen bis 17.00 Uhr des gestrigen Tages 4,2 Mio. Euro auszahlt. Andernfalls drohten sie mit fünf weiteren Explosionen in der Stadt, jedoch fand dies zur genannten Zeit nicht statt. In Verbindung mit den Ereignissen in Makejewka verkürzte Präsident Wiktor Janukowitsch seinen Besuch in Japan und wies die Rechtsschutzorgane an im gesamten Land zu einem verstärkten Dienst überzugehen.

Gestern Morgen erschütterten zwei Detonationen Makejewka, aufgrund derer Ermittlungen nach Absatz 2 des Artikels 258 des Strafgesetzbuches („Terrorakt“) eingeleitet wurden. Die Organisatoren der Explosionen forderten, dass man ihnen bis 17.00 Uhr des gestrigen Tages 4,2 Mio. Euro auszahlt. Andernfalls drohten sie mit fünf weiteren Explosionen in der Stadt, jedoch fand dies zur genannten Zeit nicht statt. In Verbindung mit den Ereignissen in Makejewka verkürzte Präsident Wiktor Janukowitsch seinen Besuch in Japan und wies die Rechtsschutzorgane an im gesamten Land zu einem verstärkten Dienst überzugehen.

In der Stadt Makejewka in der Oblast Donezk gab es gestern früh am Morgen zwei Explosionen. Eine der Sprengvorrichtungen explodierte an einem Eingang des Gebäudes des Staatsunternehmens „Makejewugol“, die andere unweit des Handelszentrums „Golden Plaza“. Opfer und Verletzte gibt es glücklicherweise nicht. Wie dem **„Kommersant-Ukraine“** die Leiterin des Pressedienstes des Staatsunternehmens „Makejewugol“, Wera Ljaschtschenko, mitteilte, wurden praktisch alle Fensterscheiben des Gebäudes, die zur Eingangsseite hinausgehen, zerstört, der Zentraleingang und die Lobby im Erdgeschoss des Zentralgebäudes wurden ernsthaft beschädigt, doch die inneren Einrichtungen erlitten keine Schäden.

Wie der Stellvertreter des Innenministers, Wassilij Farinnik, erzählte, fand die erste Explosion in Makejewka um 4:37 Uhr und die zweite um 5:05 Uhr statt. Seinen Worten nach betrug die Entfernung zwischen den Detonationsplätzen 600m. „Neben (den Explosionsorten) wurde ein Umschlag mit der Forderung eine große Geldsumme zu übergeben gefunden“, präzisierte Farinnik. Wie bekannt wurde, hatten die Explosionen eine Sprengkraft von 200 g TNT, was ungefähr der Sprengkraft einer Handgranate entspricht. Die Sprengvorrichtungen wurden aus der Distanz gezündet.

Dem **„Kommersant-Ukraine“** gelang es gestern sich mit dem Text des Forderungsschreibens vertraut zu machen, der anderen Informationen nach, nicht am Detonationsort, sondern im Gebäude des Makejewkajer Stadtexekutivkomitees gefunden wurde. Dass der Brief eben dort hinterlassen wurde, bestätigte der Minister für Energiewirtschaft und Kohleindustrie, Jurij Bojko, der erklärte, dass „die Notiz mit der Geldforderung wurde am Gebäude des Stadtexekutivkomitees befestigt“. „Ich bin überzeugt, dass die Rechtsschutzorgane schnell und effektiv eingreifen werden und diese terroristischen Ansätze beenden werden, die unserem Lande und unserer Region uneigen sind. Das ist irgendein Schuft, der schnell gefunden und unschädlich gemacht werden muss“, sagte Bojko.

Im Brief wird angezeigt, dass eine Gruppe von Leuten die Verantwortung für die Explosionen auf sich nimmt, die „gegen die derzeitige Regierung auftritt, die ihnen nichts gegeben hat“. „Unsere Angehörigen sind Opfer, wir haben nichts zu verlieren“, heißt es im Brief. Übrigens ein Informant des **„Kommersant-Ukraine“**, der mit dem Verlauf der Ermittlungen vertraut ist, teilte mit, dass Ermittlung bisher in den Vorgängen keinen politischen Subtext prüfe. „Das ist der erste Vorfall, wo wir mit der Praxis konfrontiert sind, dass Geld gegen Explosionen eingetauscht wird“, betonte der Informant des **„Kommersant-Ukraine“**.

Die resonanzreichsten Explosionen vor den Ereignissen in Makejewka gab es in Saporoshje. Im letzten Sommer wurde die Schutzheiligenkirche gesprengt (Ausgabe des **„Kommersant-Ukraine“** vom 29. Juli 2010) und in der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar das Stalindenkmal (Ausgabe des **„Kommersant-Ukraine“** vom 17. Januar). Der Stellvertreter des Leiters der Stepan Bandera Organisation „Trisub/Dreizack“, Andrej Tarassenko,

welcher der Sprengung des Denkmals verdächtigt wird, erklärte gestern dem **“Kommersant-Ukraine”**, dass seine Organisation in keiner Beziehung zu den Explosionen in Makejewka steht. „Und die Sprengung des Stalin-Denkmal und die Ereignisse in Makejewka erinnern an vielzählige Provokationen mit dem Ziel der Destabilisierung der Situation. Es sieht so aus, als ob jemand ein sehr gefährliches Spiel begonnen hat, welches nicht nur die Demokratie in der Ukraine, sondern das Land selbst gefährdet“, vermutet Tarassenko.

Gestern Morgen trafen der Vorsitzende des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU), Walerij Choroschkowskij, und der Stellvertreter des Innenministers, Leonid Sima, umgehend ein. Den Informationen des **“Kommersant-Ukraine”** nach, wurde nach einigen Stunden nach den Geschehnissen ein Ermittlungsverfahren gemäß Artikel 258 Absatz 2 des Strafgesetzbuches („Terrorakt“) eingeleitet. Am Abend bestätigte Choroschkowskij dies. „Das regionale Antiterrorzentrum aktivierte alle Kräfte für das Aufspüren der Verbrecher und die Verhinderung neuer Terrorakte“, führte die Leiterin des Pressedienstes des SBU, Marina Ostapenko, aus.

Im Brief beschrieben die Terroristen die Übergabeprozedur für das Geld im Detail. Sie forderten 4,2 Mio. Euro in 500 Euroscheinen (8400 Scheine). In der Geldtasche sollte keine „Wanzen“ oder andere Spezialapparate sein, mit deren Hilfe man ihre weitere Bewegung verfolgen könnte. Falls die geforderte Summe nicht geliefert wird, drohten die Terroristen mit weiteren fünf Explosionen an „Plätzen mit großen Menschenansammlungen“. Die Morgenexplosionen bezeichneten sie als Warnungen und Demonstrationen der Ernsthaftigkeit ihrer Absichten. Vertreter der Lokalverwaltung und der Rechtsschutzorgane nahmen die Drohungen ernst und begannen Kräfte zusammenzuziehen.

Bemerkenswert ist, dass die 500 Euroscheine die Unpopulärsten in Europa sind und mit ihnen ist es fast unmöglich in Handelszentren zu bezahlen und in Großbritannien wurde sogar ein Verbot für den Verkauf dieser Banknoten in Wechselstellen eingeführt, da sie oft gefälscht werden. So wurden den Angaben der Europäischen Zentralbank nach 2009 fast 450.000 falsche Banknoten dieser Größe beschlagnahmt.

Der Präsident der Kiewer Assoziation praktizierender Psychologen und Psychotherapeuten, Wjatscheslaw Kasmirenko, empfiehlt in den Handlungen der Makejewkaer Terroristen keine Logik zu suchen. Er betonte, dass in ihren Handlungen „ein verrückter Sinn sichtbar wird, ohne rationalen Kontext“. „Derzeit wirkt in der Gesellschaft ein System einer nicht friedfertigen Politik, die in den Kabinetten und Sitzungssälen beginnt“, meint Kasmirenko. „Öffnen Sie eine beliebige Seite oder Zeitung und Sie sehen, wie sich die Politiker aufführen. Das ist ein einfaches Schema, welches auf die Hirne wirkt. Es entsteht der Gedanke: ‘Wenn sie das können, warum kann ich das nicht? Wenn der Minister einen Polizisten verprügelt, warum kann ich das nicht? Ich bin was, etwas anderes?’“

Sobald in den Medien über die Explosionen berichtet wurde, tauchten in der Stadt Anzeichen von Panik auf: aus einigen Kindergärten und Schulen wurden die Kinder sofort nach Hause geholt. Wie dem **“Kommersant-Ukraine”** der Direktor einer der Schulen erzählte, gab es keine Anordnungen zur Unterbrechung der Schulstunden aus der Bildungskreisverwaltung, die Lehrer erhöhten die Aufmerksamkeit aus eigener Initiative. „Wir haben zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen ergriffen: erhöhten die Wachen am Eingang, damit keine Fremden hereinkommen, überprüften, ob es im Keller oder anderen Räumen verdächtige Gegenstände gibt“, hob der Schuldirektor hervor.

Gegen Mittag tauchten in den Wohnvierteln und den Verwaltungsgebäuden von Makejewka Milizmitarbeiter mit Hunden auf, die Keller, Müllschlucker, Arbeits- und Fahrstuhlräume überprüften. In einer Reihe von Einrichtungen wurde dem **“Kommersant-Ukraine”** bestätigt, dass „irgendwelche Spezialisten kamen und irgendwelche Leitungen überprüften“.

Nach den Explosionen begannen in der Stadt Angehörige des Spezialkommandos der Truppen des Innenministeriums zu patrouillieren. „Aus dem Antiterrorismuszentrum traf ein Befehl ein, gemäß dem 50 Personen des speziellen Milizkommandos nach Makejewka für Patrouilliendienste geschickt werden“, erklärte gestern tagsüber der Leiter der Gruppe für Öffentlichkeitsarbeit der Territorialabteilung der Truppen des Innenministeriums, Alexej Lichobabin. „Die an den Patrouillen nicht mitwirkenden Soldaten befinden sich in Verfügung des Abschnitts, doch können sie im Fall eines entsprechenden Befehls zur Erfüllung von Aufgaben, die vom Antiterrorzentrum gestellt werden, hinzugezogen werden.“

Die versprochenen Explosionen fanden bis 17.00 Uhr nicht statt. Unter den Journalisten, die erfolglos auf

Kommentare der Vertreter der Rechtsschutzorgane warteten, begann sich die Information zu verbreiten, dass die Regierung den Terroristen die geforderte Summe gezahlt hat. Jedoch dementierte dies Walerij Choroschkowskij, der nach 19.00 Uhr vor die Journalisten trat. Er erklärte, dass die Erpresser kein Geld erhalten hätten. Den Informationen des **“Kommersant-Ukraine”** nach wurde die erforderliche Summe nach Makejewka mit einem Sonderflug aus Kiew gebracht, doch fand die Übergabe nicht statt – die Terroristen tauchten für das Lösegeld einfach nicht an dem von ihnen genannten Platz in einem der Vorstädte der Stadt auf.

Choroschkowskij unterstrich, dass die Einwohner von Makejewka nicht um ihr Leben fürchten müssen. „Ich möchte den Stadtbewohner sagen, dass sie heute ruhig schlafen und die Kinder ruhig in die Kindergärten und Schulen führen können. Zum heutigen Tag sehen wir keine Probleme. Wir setzen alle möglichen Mechanismen in Bewegung, damit keine Wiederholung der Explosionen stattfinden“, erklärte der SBU-Leiter.

Am Abend wurde bekannt, dass das Staatsoberhaupt die Dauer seines Besuchs in Japan verkürzt hat und ins Land zurückkehrt. „Wiktor Janukowitsch wies die Rechtsschutzorgane an entsprechende Sicherheitsmaßnahmen in allen Regionen der Ukraine zum Schutz der Bürger zu ergreifen und verstärkte Dienstvarianten bei den Rechtsschutzorganen einzuführen“, teilte man beim Pressedienst des Präsidenten mit.

Jaroslaw Kolguschew, Walerij Kutscherk, Artjom Skoropadskij, Jelena Geda

Quelle: [Kommersant-Ukraine](#)

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 1404

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.